

Dr. Frank Brodehl anlässlich der von Bildungsministerin Prien geplanten Anpassung der „Landesverordnung über sonderpädagogische Förderung“:

„Alle Schüler verdienen eine Beschulung, die ihren individuellen Bedürfnissen und Fähigkeiten entspricht“

Kiel, 26. Juni 2020 **Laut Presseberichten will Bildungsministerin Karin Prien (CDU) dafür sorgen, dass verhaltensauffällige Schüler, die an allgemeinbildenden Schulen normalen Schulunterricht verhindern, aus diesen Schulen leichter herausgenommen werden können. Dr. Frank Brodehl, bildungspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erklärt dazu:**

„Die Erkenntnis, dass verhaltensauffällige Schüler, die intensiv-pädagogischer Betreuung bedürfen, in Förderschulen besser aufgehoben sind als in Regelschulen, ist nicht neu. Wenn Bildungsministerin Prien jetzt die *Landesverordnung über sonderpädagogische Förderung* ändern möchte, um es zu erleichtern, diese Schüler aus allgemeinbildenden Schulen herauszunehmen und an Förderschulen zu unterrichten, dann begrüßen wir das ausdrücklich.

Denn die AfD-Fraktion tritt seit jeher dafür ein, dass alle Schüler in Schleswig-Holstein entsprechend ihrer individuellen Fähigkeiten und Bedürfnissen beschult werden. Die Praxis, immer heterogenere Klassenverbände zusammenzustellen, in denen aufgrund des immer weiter auseinanderdriftenden Leistungs- und Lernniveaus niemand mehr adäquat unterrichtet werden kann, muss endlich ein Ende haben.

Alle Schüler mit sonderpädagogischen Förderbedarf an Förderschulen zu unterrichten, bleibt indes ein Ziel, das infolge der von SPD und GRÜNEN seit vielen Jahren betriebenen Schließung von Förderzentren kurz- oder mittelfristig nicht erreicht werden kann. Praktikabel und pädagogisch sinnvoll ist jedoch, in möglichst allen Schulen sonderpädagogische Klassenverbände einzurichten, in denen Kinder mit besonderen Förderbedarfen gefördert werden können, wenn ein gemeinsamer Unterricht im Regelklassenverband nicht stattfinden kann.

Mit diesem Modell lässt sich eine spezielle sonderpädagogische Förderung mit möglichst viel Normalität verbinden. Und davon würden alle profitieren: Schüler *mit* sonderpäda-

gogischem Förderbedarf ebenso wie Schüler *ohne* einen solchen; außerdem die Lehrkräfte, die wieder störungsfreien Unterricht durchführen können.

Dass unser Vorschlag inzwischen selbst von der GEW übernommen wird, nachdem diese sich in der Vergangenheit am vehementesten für eine ideologisch begründete Inklusion eingesetzt hat und die derzeitige untragbare Situation mitverschuldet hat, zeigt, dass man auch dort inzwischen in der Realität angekommen ist. Dies lässt hoffen, dass die Inklusions-Diskussion nun endlich ideologiefrei und praxisorientiert geführt werden kann – im Interesse aller Schüler, Eltern und Lehrer, die unter der bestehenden Situation schon lange leiden.

Mit der *Großen Anfrage* zum Thema *Sonderpädagogische Standards an unseren Schulen*, die wir nach der Sommerpause auf die Tagesordnung im Landtag setzen werden, haben wir bereits eine faktenbasierte Grundlage für eine solch ideologiefreie Debatte gelegt. Wir sind gespannt, auf wieviel Realitätssinn wir damit bei den anderen Fraktionen stoßen werden.“

Weitere Informationen:

- **SHZ-Artikel** „Bildungsministerium: Systemsprenger in SH fliegen leichter aus der Klasse“ vom 27. Juni 2020:

<https://www.shz.de/nachrichten/meldungen/bildungsministerium-systemsprenger-in-sh-fliegen-leichter-aus-der-klasse-id28785212.html>

- **Antwort der Landesregierung** auf die **Große Anfrage der AfD-Fraktion** „Umsetzung sonderpädagogischer Standards an Grundschulen, Gemeinschaftsschulen und an Förderzentren in Schleswig-Holstein“ (Drs. 19/2105) vom 23. April 2020:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/02100/drucksache-19-02105.pdf>